

Positionspapier zum Thema kommunale Kulturförderung:



Dresden ist eine angesehene Kulturstadt. Dies zeigt sich auch in der selbstbewussten Bewerbung Dresdens zur Kulturhauptstadt Europas 2025. Die Junge Union Dresden fordert eine Kulturförderung, die Hochkultur und Subkultur gleichermaßen fördert. Wir erkennen den enormen Beitrag, den die Kultur zum gesellschaftlichen Austausch und Zusammenhalt leistet, an.

Vergangene öffentliche Kunstausstellungen in Dresden haben für einige Kontroversen gesorgt. Den Bürgern ist offensichtlich ihr Stadtbild sehr wichtig. Es müssen daher Möglichkeiten geschaffen werden, die Dresdner mit einzubinden, wenn es um die Ausstellung von Kunst auf öffentlichen Plätzen geht. Die Dresdner, sollten über die Webseite der Landeshauptstadt Dresden die Möglichkeit haben spezielle Wünsche für Kunst im öffentlichen Raum in Kategorien auszuwählen (z. B. welche Straßen und Plätze sich für Kunst eignen). Die Kunstkommission soll aufgefordert werden, bei der Förderung von Kunst im öffentlichen Raum, die Wünsche der Dresdner zur Kenntnis zu nehmen. Nach der bevorstehenden Umsetzung der Kommunalrechtsnovelle und der damit zusammenhängenden Kompetenzerweiterung der Ortsbeiräte (auch im Bereich Kulturförderung), kann die Kunstkommission in Kooperation mit den Ortsbeiräten auch spezifische Wünsche der Dresdner Bürger zur Kenntnis nehmen.

Bei der kommunalen Kulturförderung soll es eine verstärkt sachbezogene institutionelle Projekt- und Kleinprojektförderung geben. Die Ortsbeiräte sollen nach spezifischer Einschätzung ihres Stadtbezirkes feststellen, was für ein Bedarf an Projekten vorliegt. Die JU Dresden fordert, dass Projekte von folgender Art verstärkt gefördert werden sollen:

- a. Integrationsprojekte, die unter Rücksichtnahme auf sprachliche Barrieren breiten Zugang zu der hiesigen Kultur und Sprache schaffen.
- b. Pädagogische Projekte, die durch Förderung künstlerischer, musischer und sozialer Begabungen zu Individualitäts- und Charakterbildung von Kindern und Jugendlichen beitragen.
- c. Lokal- und Regionalprojekte, die durch Bezugnahme auf regionale Geschichte, Mentalität, Küche und Dialekt zur Identitätsbildung beitragen.
- d. Kinder- und Jugendganztagsprojekte
- e. Projekte, die das Verständnis über die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Gesellschaft stärken.

Da die sachbezogenen Projekte mehr Fördermittel zur Verfügung gestellt bekommen sollten, fordert die JU Dresden, die Nutzung vielfältiger Möglichkeiten der Digitalisierung. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden, indem potenzielle Fördermittelempfänger

beispielsweise ihre Behördengänge online erledigen können. Durch Online-Antragsverfahren sollen Verwaltungsausgaben langfristig gespart werden. Es soll in Zukunft ausreichen, wenn die Antragsteller die Anträge nur Online stellen (mit digitaler Unterschrift).

Wir erkennen das große Talent und das Potenzial für Stadtverschönerung durch die professionellen Graffitikünstler an. Gleichzeitig verurteilen wir die Sachbeschädigung von öffentlichem und privatem Eigentum durch illegale Graffiti. Jugendliche empfinden leider einen Reiz, etwas Verbotenes zu tun. Die illegalen Farbschmierereien sind nicht nur schädlich für die Bauten und das Stadtbild, sondern schrecken auch Investoren ab. Härtere Strafen, Belehrungen in Schulen und ggf. in den Medien sind notwendig. Wir fordern, dass die illegalen Sprayer bis zu 5 weiteren Jahren für Schadenersatz zur Kasse gebeten werden können. Dies müsse zivilrechtlich umgesetzt werden und dann in den Schulen mit Aufklärungsarbeit erklärt werden.

Die Stadt Dresden soll weiterhin die Dresdner (Graffiti-) Künstlerszene konstruktiv einbinden in Projekte der Stadtverschönerung. In Zusammenarbeit mit den Künstlern und den Ortsbeiräten soll die Stadtverwaltung weitere Flächen zur Verfügung stellen (*legal plains*), an denen sich Graffiti-Künstler legal betätigen können, um die Stadt zu verschönern. Die bisher existierenden sechs *legal plains* in der Neustadt, Kaditz, Pieschen, Prohlis, Leubnitz und Seidnitz werden gut genutzt und zeigen, dass es noch Potential für weitere Standorte gibt. Da die Flächen aber begrenzt sind, sollten weitere *legal plains* angeboten werden. Zudem muss die Stadt konsequenter bei der Entfernung von illegalen Graffiti werden. Das Ordnungsamt soll aufgefordert werden, bei der Entfernung von Graffiti das umweltfreundlichere Unterdruckverfahren zu benutzen (allerdings mit Ausnahmen bei Glasunterflächen und inkompatibler Farbe). Dieses Verfahren soll die herkömmlichen chemischen Verfahren ersetzen, die häufig Schäden hinterlassen.